



Rechtsextremismus

- **Bundesweite Durchsuchungsmaßnahmen im Zusammenhang mit rechtsextremistischen Hasspostings im Internet**
- **Identitäre Bewegung Deutschland in Bayern seit Anfang 2016 Beobachtungsobjekt des Verfassungsschutzes**
- **Partei- und spektrenübergreifenden Kooperationen in der rechtsextremistischen Szene beim Thema Anti-Asyl**

Bundesweite Durchsuchungsmaßnahmen im Zusammenhang mit rechtsextremistischen Hasspostings im Internet

Am 13. Juli fanden in 14 Bundesländern unter der Koordination des Bundeskriminalamt (BKA) Durchsuchungsmaßnahmen bei etwa 60 Beschuldigten wegen sogenannter Hass-Postings im Internet statt. Im Mittelpunkt dieser Maßnahmen stand ein Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Kempten. Auslöser des Ermittlungsverfahrens wegen politisch motivierter Kriminalität im Phänomenbereich Rechtsextremismus waren Erkenntnisse des Bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz (BayLfV) zu einer geschlossenen Facebookgruppe. Erkenntnisse aus dieser Gruppe wurden seit dem Sommer 2015 über mehrere Monate durch das BayLfV gesammelt, ausgewertet und an die zuständigen Strafverfolgungsbehörden übermittelt. Bei der Beobachtung der Gruppe konnte festgestellt werden, dass dort antisemitische, rassistische und den Nationalsozialismus verherrlichende Inhalte verbreitet wurden. Die zwei Hauptbeschuldigten des Verfahrens – die

Administratoren der Gruppe – sind ein 42-Jähriger aus dem Landkreis Ostallgäu und ein 37-Jähriger aus Nürnberg. Insgesamt gingen annähernd 40 der bundesweit 60 Durchsuchungen auf die Ermittlungen im Zusammenhang mit dieser Gruppe zurück.

Identitäre Bewegung Deutschland (IBD) in Bayern

Die IBD hat seit Anfang 2015 in Bayern zunehmend öffentliche Aktivitäten entfaltet, während sie zuvor vornehmlich im Internet und in sozialen Medien in Erscheinung getreten war. Seit Anfang 2016 ist die IBD in Bayern Beobachtungsobjekt des Bayerischen Landesamts für Verfassungsschutz. In der Ideologie der IBD in Bayern wird die Bedeutung von Abstammung und Identität in einer Art und Weise betont, die eine starke Nähe zum biologistischen Denken und der völkischen Ideologie von Rechtsextremisten erkennen lässt. Einzelne personelle Verflechtungen mit rechtsextremistischen Parteien und Gruppierungen im In- und Ausland sind feststellbar. Mehrere Aktivisten der IBD in Bayern waren zudem bereits früher in rechtsextremistischen Organisationen aktiv. In der Gesamtschau liegen hinreichend gewichtige tatsächliche Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung vor.

Ideologie

Ideologisch sieht sich die IBD in der Tradition der sogenannten „konservativen Revolution“. Damit beruft sie sich auf eine antidemokratische, antiliberale und antiegalitäre Strömung der Weimarer Zeit. Die IBD versteht sich als Ableger der französischen Génération identitaire (GI). Bei der GI handelt es sich um die Jugendorganisation des Bloc identitaire, der die Nachfolgeorganisation der aufgrund rassistischer und gewalttätiger Aktivitäten im Jahr 2002 verbotenen Gruppierung Unité radicale darstellt und von den französischen Behörden als rechtsextremistisch eingestuft wird.

Die IBD betrachtet sich als Bestandteil einer europaweiten Bewegung. Ihr Ziel ist es, die europäische Jugend im Kampf für die ihrer Meinung nach bedrohte kulturelle Identität zu vereinen. Die IBD ist überzeugt davon, dass ein „Volk“ eine „ethnokulturelle Identität“ habe, die sich durch jeweils eine gemeinsame Sprache, „Kultur“, „Herkunft“ und Religion auszeichne. Das Volk sei zudem an einen bestimmten geographischen Raum gebunden. Jeder Mensch wird als Teil eines einzigen Volkes gesehen.

Ihre vornehmliche Aufgabe sieht die IBD in der Verteidigung und Bewahrung von „Heimat, Freiheit, Tradition“. An erster Stelle stehe hierbei der Erhalt der „ethnokulturellen Identität“, die durch einen befürchteten „demographischen Kollaps“ sowie durch angebliche „Massenzuwanderung“ und „Islamisierung“ bedroht sei. In Anlehnung an den Franzosen Alain de Benoist wird unter einer „ethnokulturellen Identität“ eine ethnische, religiöse und kulturelle Prägung von Gemeinschaften und ganzen Völkern verstanden, durch die allein sich die Identität des Einzelnen definiere. Die IBD propagiert deshalb einen europäischen Ethnopluralismus, d.h. die räumliche und kulturelle Trennung unterschiedlicher Ethnien. Dies hätte letztlich die Ausweisung großer Bevölkerungsteile unter Missachtung der vom Grundgesetz garantierten Menschenrechte zur Folge. Die ethnopluralistische Vorstellung von an bestimmte Territorien gebundenen Völkern entspricht der rechtsextremistischen „Blut und Boden“-Ideologie, wobei der Begriff der „Rasse“ durch eine angebliche „ethnokulturelle Identität“ ersetzt wird.

Symbolik

Erkennungszeichen der IBD ist das Lambda, der elfte Buchstabe des griechischen Alphabets, in einem Kreis. Das Symbol war im antiken Griechenland das Erkennungsmerkmal der Spartaner, die im 5. Jahrhundert vor Christus gegen die Invasion eines übermächtigen persischen Heeres kämpften. Dieser Opfermythos entspricht der Selbstwahrnehmung der IB, die sich als die letzten sehen, die die ethnokulturelle europäische Identität vor ihrem Untergang durch Überfremdung und Islamisierung retten können.

Aktivitäten

In Bayern fungieren die Gruppierungen IB Bayern, IB Schwaben und IB Franken als Dachorganisationen für lokale Ableger. Zur Gründung neuer Ortsgruppen wurden im ersten Halbjahr 2016 mehrere sogenannte „Gründungsstammtische“ durchgeführt. Indem sie mehrfach Kundgebungen an der deutsch-österreichischen Grenze bei Freilassing unter dem Motto „Wir sind die Grenze“ organisierte, versuchte die IBD in



Bayern Profit aus der Flüchtlingsthematik zu schlagen. An der ersten Kundgebung am 12. Dezember beteiligten sich rund 300 Personen, bei weiteren Kundgebungen am 9. Januar und 27. Februar jeweils ca. 400 Personen. Vereinzelt nahmen auch Aktivisten aus der Neonaziszene teil. Weitere Kundgebungen zur Thematik „drohende Überfremdung“ fanden in Traunreut und Feldkirchen-Westerham statt.



Am 21. April stürzten Aktivisten der IBD eine Veranstaltung mit dem Bundesvorsitzenden von Bündnis 90/Die Grünen in Würzburg. Während einer Redepassage, in der es um die Beitrittsverhandlungen der Europäischen Union mit der Türkei ging, stürmten mehrere männliche Personen in den Saal und riefen die Parolen „Heimat, Freiheit, Tradition, Multikulti Endstation!“

Im Zusammenhang mit den schweren Überschwemmungen in Niederbayern versuchte sich die IBD als „Kümmerer“ zu präsentieren. Auf ihren Facebook-Seiten berichtete sie über eine angebliche Hilfsaktion unter dem Motto „Identitäre Fluthilfe“. Nach wie vor bedient die IBD intensiv ihre Kommunikationskanäle in den sozialen Netzwerken. Dabei versucht sie über ein jugendaffines Erscheinungsbild insbesondere Jugendliche und junge Erwachsene zu erreichen.

Politisch motivierte Straftaten gegen Asylbewerberunterkünfte in Bayern

Im ersten Halbjahr 2016 wurden 65 (Stand: 5. Juli 2016) politisch motivierte Straftaten gegen Asylbewerberunterkünfte in Bayern erfasst. Dies entspricht einer Steigerung um 261 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum (18 Delikte). Bei der Mehrzahl der Straftaten handelt es sich um Sachbeschädigungen. Es sind jedoch auch zwei versuchte Tötungsdelikte und 4 Brandstiftungen darunter.

So warf am 7. Februar ein 25-jähriger Tatverdächtiger eine – mit brennbarem Inhalt gefüllte – Bierflasche durch das geschlossene Fenster einer Asylbewerberunterkunft in Hirschau/Landkreis Amberg-Sulzbach. Die Flasche zerbrach beim Aufprall nicht, so dass der Wurfbrandsatz seine Wirkung nicht entfaltete. Der Tatverdächtige, der in unmittelbarer Nähe des Tatorts wohnt, gehört keiner rechtsextremistischen Gruppierung an. Bei seiner Vernehmung räumte er die Tat ein und gab an, dass er aus Ärger über Asylbewerber gehandelt habe.

Am 11. Februar drang in der Kreisstadt Kehlheim ein 22-jähriger, alkoholisierte Tatverdächtiger mit einer Machete in ein Asylbewerberheim ein und versuchte mit der Waffe auf einen Bewohner der Unterkunft einzuschlagen. Dabei rief er Parolen wie „Heil Hitler“ und „Scheiß Asylanten“. Als der Angegriffene durch das Fenster floh, folgte der Angreifer ihm auf die Straße und wurde dort von mehreren Personen überwältigt. Der Tatverdächtige war bis dahin nicht in rechtsextremistischen Strukturen aufgefallen.

Am 4. März versuchten drei Jugendliche, die nicht der rechtsextremistischen Szene angehörten, vormittags in München einen Wohncontainer einer im Bau befindlichen Asylbewerberunterkunft in Brand zu setzen. Dabei schleuderten sie zwei Wurfbrandsätze gegen die Container. Nachdem dies keine Wirkung zeigte, übergossen die drei Tatverdächtigen einen Heizungsschlauch und zündeten diesen mit einem Brandmittel an. Es entstand Sachschaden. Die Tatverdächtigen verließen daraufhin den Tatort, den sie am Abend desselben Tages erneut aufsuchten, um einen weiteren Anschlag zu verüben. Die Polizei konnte die Jugendlichen in Tatortnähe kontrollieren und fand dabei auch verschiedene Brandmittel und Schleudergegenstände auf. Die Jugendlichen räumten bei ihrer Vernehmung auch die fremdenfeindlich motivierte Tat am Vormittag ein.

Die in Bayern weiterhin isolierte rechtsextremistische Szene versucht vor allem durch Internetpropaganda, Flugblattverteilungen und einzelnen Demonstrationen im Themenfeld Anti-Asyl öffentliche Aufmerksamkeit zu erreichen und Stimmung bei Bürgern gegen die Unterbringung von Asylbewerbern zu machen.

Als aktivste rechtsextremistische Vereinigungen in Bayern sind diesbezüglich die Parteien Der Dritte Weg (III. Weg), die NPD und DIE RECHTE anzusehen. Den Rechtsextremisten gelingt es insbesondere durch ihre Aktivitäten in sozialen Netzwerken, eine Radikalisierung von Debatten zu bewirken. Zudem darf auch eine impulsgebende Wirkung dieser Hasspropaganda auf radikalisierte und gewaltorientierte Einzelpersonen und Kleingruppen nicht unterschätzt werden.

Die Ergebnisse der polizeilichen Auswertung zeigen, dass es sich bei den ermittelten Tatverdächtigen häufig um männliche Personen im Alter zwischen 18 bis 25 Jahren handelt. Teilweise waren es auch Jugendliche, die als Einzeltäter oder in Gruppen von zwei bis fünf Personen auftraten und nur in wenigen Fällen bereits Bezüge zur rechtsextremistischen Szene aufwiesen. Häufig kommen die Tatverdächtigen aus der Nachbarschaft des angegriffenen Objekts. Dies deutet darauf hin, dass zumindest partiell rechtsextremistische fremdenfeindliche Einstellungen anschlussfähig sind. Einige Tatverdächtige haben einen allgemeinkriminellen Vorlauf bzw. Bezüge zur Hooligan-Szene. Nur in Ausnahmefällen waren die Tatverdächtigen alkoholisiert. Dies zeigt, dass sie in der Regel planvoll und gezielt gegen Asylbewerber vorgehen wollten.

Parteiübergreifende Zusammenarbeit im Zusammenhang mit der Flüchtlingskrise

Trotz des Konkurrenzverhältnisses zwischen den einzelnen Parteien und Gruppierungen in der rechtsextremistischen Szene kommt es immer häufiger zu partei- und spektrenübergreifenden Kooperationen. Das Themenfeld Anti-Asyl wirkt sich einheitsstiftend auf die Szene aus. Der NPD-Kreisverband Augsburg lud am 6. Januar zu einem überparteilichen Dreikönigstreffen nach Schwenningen, Landkreis Dillingen an der Donau, ein.

Als Redner traten sowohl Vertreter der NPD, darunter der Europaabgeordnete Udo Voigt, als auch der Landesvorsitzende der Partei DIE RECHTE, Philipp Hasselbach und Karl Richter von der rechtsextremistischen Bürgerinitiative Ausländerstopp München (BIA-München) auf.



Auch Unterstützer von PEGIDA-München waren anwesend. Der Münchner Stadtrat Karl Richter beschrieb das Treffen als „Signal des Schulterchlusses“, es dürfe „kein engstirniges Partei- und Vereinsdenken mehr geben“.

Bei einem Stammtisch der Partei DIE RECHTE am 10. Januar in München sprach die Vorsitzende des NPD-Kreisverbands München, Renate Werlberger, ein Grußwort. Darin forderte sie eine verstärkte Zusammenarbeit der „nationalen Kräfte“.

Bei beiden Treffen sollte ein Zeichen der verstärkten Zusammenarbeit verschiedener rechtsextremistischer Gruppierungen gesetzt werden. Eine Zusammenarbeit und gegenseitige Unterstützung erfolgte wiederholt auch im Zusammenhang mit Kundgebungen.

Foto: Bay LfV

Foto: BayLfV

Karl Richter von der BIA-München trat mehrfach bei Kundgebungen der Partei DIE RECHTE als Redner auf. Am 30. Januar sprach er vor mehr als 70 Rechtsextremisten in Bamberg, am 19. März vor rund 25 Personen in Nürnberg. Auf seinem Facebook-Profil erklärte Richter, er habe „kein Problem damit, vor vermeintlich ‘konkurrierenden‘ Organisationen zu sprechen. In der Situation, in der sich unser Volk befindet, sollte es eigentlich keine Konkurrenz im eigenen patriotischen Beritt mehr geben.“

Der Stadtrat der rechtsextremistischen Bürgerinitiative A Nürnberg e. V. (BIA-Nürnberg) Fridrich Luft trat bei einer Kundgebung der Partei DIE RECHTE am 9. April in Nürnberg vor mehr als 20 Personen als Redner auf.

Eine Kundgebung der NPD am 16. April in Baiersdorf wiederum wurde von der Partei DIE RECHTE unterstützt. Dan Eising, Führungsperson des Kreisverbands Nürnberg der Partei DIE RECHTE, trat vor rund zehn Teilnehmern als Redner auf.

Beteiligung von Rechtsextremisten an Kundgebungen russischstämmiger Personen

Rechtsextremisten nahmen zwischen 24. Januar und 14. Februar an Kundgebungen teil, die von russischstämmigen Personen unter dem Motto „... Asylmissbrauch nein Danke“ und „Gegen Gewalt und Vergewaltigung“ organisiert wurden. Anlass der Kundgebungen war die angebliche Vergewaltigung einer russischstämmigen Minderjährigen durch Migranten am 11. Januar in Berlin. Die Vergewaltigung stellte sich als frei erfunden heraus.

Die Thematik der Kundgebungen eignete sich dazu, auch von Rechtsextremisten im Rahmen ihrer Anti-Asyl-Agitation aufgenommen zu werden.

Die rechtsextremistischen Teilnehmer an den Veranstaltungen waren den Parteien NPD, DIE RECHTE und III. Weg zuzurechnen. Der Vorsitzende der rechtsextremistischen BIA-München, Karl Richter, hielt auf einer Kundgebung am 6. Februar in Bayreuth eine Rede. In Deggendorf sprachen der niederbayerische NPD-Bezirksvorsitzende Alfred Steinleitner sowie ein Aktivist der Partei III. Weg auf einer Kundgebung am 7. Februar.

Nach den Kundgebungen vom 24. Januar erschienen Informationen über die Veranstaltungen in mehreren Facebook-Profilen der NPD sowie von PEGIDA-München und PEGIDA Nürnberg. PEGIDA Nürnberg stellte zudem am 14. Februar die Lautsprecheranlage für die Veranstaltung. Der PEGIDA-Aktivist Gernot Tegetmeyer befand sich während der Kundgebung auf der Bühne.

In einem Strategiepapier der NPD wird die „Rückgewinnung der eigenen Handlungsfreiheit für Deutschland“ als zentrales Ziel proklamiert. Die Gewinnung ausländischer Unterstützung sei deswegen „unverzichtbar“. Als möglichen potenziellen Unterstützer machten die Rechtsextremisten Russland aus. Der russische Präsident gilt wegen seines Konfrontationskurses zur USA, seiner Ablehnung von westlichen Einflüssen und seiner nationalistischen Positionen innerhalb der NPD aktuell als mustergültiger „Führer“. Neben der direkten Hilfe aus Russland erhofft sich insbesondere die NPD mit der Besetzung prorussischer Themenfeldern auch eine personelle Unterstützung durch russlanddeutsche Personenkreise in Deutschland.

Reise eines Aktivisten der Partei Der Dritte Weg (III. Weg) nach Syrien

Ein Aktivist des Stützpunkts München der Partei III. Weg reiste Anfang Mai nach Syrien. Er war Teil einer sogenannten „Delegation“, der auch Personen aus Belgien und Polen angehörten. Zu der Reise angeregt wurde der Aktivist nach eigenen Angaben durch eine Vortragsveranstaltung der European Solidarity Front for Syria (ESFS) im Januar in München, an der Mitglieder des III. Wegs teilgenommen haben.

Die ESFS war auch in die Organisation der Reise eingebunden. Bei der ESFS handelt es sich um ein in mehreren europäischen Ländern aktives Netzwerk, das sich die propagandistische Unterstützung der syrischen Regierung unter Assad zum Ziel gesetzt hat. Eine enge Verzahnung der ESFS zur italienischen rechtsextremistischen Casa Pound-Bewegung ist erkennbar. Die Reisegruppe führte u. a. Gespräche mit Vertretern des Assad-Regimes und der syrischen Armee. Der III. Weg-Aktivist berichtete auf der Homepage der Partei ausführlich über seine Reise. Dabei betonte er mehrfach die vermeintliche Rolle Israels, dem unterstellt wird, durch den Einsatz von Medien den Konflikt gezielt zu schüren. Der Antisemitismus ist prägend für die Ideologie der Partei III. Weg: In Artikeln auf ihrer Homepage nimmt die Partei den Palästina-Konflikt zum Anlass für antizionistische Propaganda. Auf der Startseite wird zudem dazu aufgerufen, keine israelischen Produkte zu kaufen.

Deutsche Rechtsextremisten sympathisieren bereits seit längerem mit der syrischen Regierung unter Präsident Assad. Der syrische Staat mit seinen autokratischen Strukturen, seiner säkular-nationalistischen Politik und der vermeintlichen

geistigen Einheit des syrischen Volkes gilt ihnen als Vorbild eines auch in Deutschland angestrebten Staatswesens eines „nationalistischen“ und „sozialistischen“ Volksstaates.

Verbot der Vereinigung „Weisse Wölfe Terrorcrew“ (WWT)

Am 16. März hat der Bundesminister des Innern die gewaltbereite rechtsextremistische Vereinigung Weisse Wölfe Terrorcrew (WWT) verboten. Das Verbot wurde bei 16 Betroffenen in zehn Bundesländern mit Schwerpunkt in Norddeutschland vollstreckt. Im Zuge der durchgeführten Durchsuchungsmaßnahmen wurden umfangreiche Materialien sichergestellt. Von den Maßnahmen war auch die Sektion Bayern in Bamberg betroffen. Der bayerische Sektionsleiter befindet sich in Untersuchungshaft.

Die WWT wurde ursprünglich in Hamburg gegründet und unterhielt regionale Untergliederungen, sogenannte Sektionen, in mehreren Bundesländern. Das Verbot bezieht sich zum einen auf die verfassungswidrige Ausrichtung der Gruppierung wegen deren Nähe zum historischen Nationalsozialismus, zum anderen auf das strafgesetzwidrige Verhalten zentraler Führungspersonen sowie auf als Gruppenaktionen begangene Straftaten. Ziel der WWT war es, Angriffe auf den politischen Gegner sowie auf Personen mit Migrationshintergrund zu verüben. Erkennungszeichen der WWT waren ihre schwarzen T-Shirts mit dem Logo der Vereinigung.

Bereits im Vorfeld des Verbots wurde seitens der Staatsanwaltschaft Bamberg gegen mehrere Mitglieder der sogenannten Bamberger Mischszene ein Ermittlungsverfahren nach § 129 StGB wegen des Verdachts der Bildung einer kriminellen Vereinigung eingeleitet. Einzelne Aktivisten dieser Szene waren auch der WWT zuzurechnen. Entsprechende Erkenntnisse aus dem Ermittlungsverfahren flossen in die Verbotsverfügung des Bundesinnenministeriums ein. Die Überschneidung der WWT und der rechtsextremistischen Bamberger Mischszene verdeutlicht, dass eine themenbezogene Zusammenarbeit unterschiedlicher rechtsextremistischer Gruppierungen nicht nur regional, sondern auch bundesweit stattfindet. Vor gemeinsamen gewalttätigen Aktionen schreckt man dabei nicht zurück.